



Frankreich will bis 2050 CO2-neutral werden, aber die Treibhausgasemissionen sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 2022 nur leicht gesunken. Und sind im September wieder angestiegen.

Frankreich hat in den ersten neun Monaten des Jahres 2022 fast genauso viele Treibhausgase ausgestoßen wie im Vorjahr. Dies hat das Centre interprofessionnel technique d'études de la pollution atmosphérique (Citepa), ein von der Regierung mit der Überwachung dieser Emissionen auf nationaler Ebene beauftragte Verband, festgestellt und jetzt seinen Bericht über die monatlichen Emissionen veröffentlicht. Vergleicht man Monat für Monat zwischen 2022 und 2021, so sind die Emissionen bis Juli jeden Monat um durchschnittlich 1% gesunken. Im September stiegen sie jedoch wieder an (3,4%). Und in den ersten neun Monaten gingen die Emissionen im Vergleich zu 2021 nur um 0,3% zurück.

Einer der Hauptgründe dafür ist der hohe Gasverbrauch, um die Abschaltung vieler Atomreaktoren im Jahr 2022 zu kompensieren. Ende November war noch immer fast die Hälfte der französischen Reaktoren abgeschaltet.

Um das auszugleichen, mussten Wärmekraftwerke die Aufgabe übernehmen, Energie und vor allem Strom zu erzeugen. Der Energiesektor emittierte 12% mehr Treibhausgase als im Vorjahr und ist damit der Sektor, der die meisten Treibhausgase ausstößt. Auch der Verkehr hat in Frankreich in diesem Jahr mehr Emissionen verursacht als 2021, nämlich 4% mehr. In der verarbeitenden Industrie, aber auch in Wohn- und Dienstleistungsgebäuden gingen die Emissionen hingegen leicht zurück, was auf die milderen Temperaturen, aber auch auf den Aufruf der Regierung zum sparsamen Umgang mit Energie zurückzuführen ist.

Frankreich hat sich verpflichtet, bis 2050 CO2-neutral zu werden. Es hat bis 2021 418 Millionen Tonnen Treibhausgase ausgestoßen. Um seine selbstgesteckten Ziele erreichen zu können, müsste Frankreich in diesem Jahr mindestens 16 Millionen Tonnen Treibhausgase weniger ausstoßen.

Für Greenpeace, Oxfam und die anderen NGOs, die sich im Kollektiv L'Affaire du siècle zusammengeschlossen haben, sind die derzeitigen Bemühungen des französischen Staates unzureichend. Diese NGOs zögerten nicht, den Staat im vergangenen Jahr vor Gericht zu verklagen. Es war eine Premiere: Frankreich ist wegen Untätigkeit im Klimabereich verurteilt worden. Die Regierung hat nur noch bis zum 31. Dezember Zeit, um Beweise für ihr Engagement für den Klimaschutz vorzulegen.

Die Mitglieder des Kollektivs L'Affaire du Siècle haben angekündigt, dass sie, wenn sie es für nötig halten, Anfang 2023 erneut vor Gericht ziehen werden.